

Fünf Millionen für Fusswege bereit gestellt

Die Initiative «Basel zu Fuss» erhält einen Gegenvorschlag für Verbesserungen von Fusswegen, hat der Grosse Rat gestern klar beschlossen. Mit einer Stimme Mehrheit zog er einen Rahmenkredit von 5 Millionen Franken auf sieben Jahre sowohl höheren wie tieferen Varianten vor.



Fussgänger in der Stadt. Eine Initiative fordert ein Fusswegnetz, dazu wurde ein Gegenvorschlag mit geringeren Finanzfolgen verabschiedet. Foto Christian Flierl

«Ein Netz von sicheren und attraktiven Fusswegen im ganzen Siedlungsgebiet» des Kantons fordert die bereits vor fünf Jahren zu Stande gekommene Initiative «Basel zu Fuss». Der Grosse Rat hatte sie vor zweieinhalb Jahren an seine damalige Verkehrskommission überwiesen. Die jetzige Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (Uvek) beantragte nun einen Rahmenkredit von sieben Millionen Franken auf sieben Jahre für Verbesserungen zugunsten von Fussgängerinnen und Fussgängern, die nicht im Rahmen eines Gesamtprojekts realisiert werden. Der Regierungsrat schlug einen Rahmenkredit von fünf Millionen für zehn Jahre vor.

Von Urs Rist, Natalie Grob und Valentin Kressler

In diesem Spannungsfeld hiess der Grosse Rat gestern einen Antrag der CVP mit 55 gegen 54 Stimmen gut, mit dem ein Kredit von fünf Millionen Franken auf sieben Jahre gutgeheissen wurde. Das ergibt einen Jahresdurchschnitt von etwas mehr als 700'000 Franken. Mit 73 gegen 31 Stimmen hatte sich das Parlament zuerst dafür ausgesprochen, dem Volk überhaupt einen Gegenvorschlag und nicht bloss den Antrag auf Verwerfung der Initiative vorzulegen; mit 67 gegen 24 Stimmen wurde der bereinigte Gegenvorschlag

gutgeheissen. Die Forderung der Initiative, zwei Prozent der jährlich für Strassenbau verwendeten Mittel für Fusswege einzusetzen, übernahm niemand.

Denn «die Initiative wird zurückgezogen, wenn der Vorschlag der Uvek beschlossen wird», gab Uvek-Präsidentin Susanne Signer (SP) zu Beginn der Debatte bekannt. Die Initiative habe zwar schon Wirkungen gezeigt, indem Verbesserungen realisiert worden seien, aber «für die zu Fuss Gehenden bleibt zu wenig Geld übrig». Die Initiative würde einen Finanzbedarf von etwa 2,5 Millionen Franken pro Jahr verlangen, deshalb berücksichtige der Antrag für je eine Million während sieben Jahren bereits die Finanzsituation des Kantons. Zudem seien aufgrund des Leitbilds für den Langsamverkehr Bundesmittel zu erwarten.

Der Regierungsrat habe den Fussgängerverkehr mit Massnahmen in den Verkehrsplan aufgenommen, erklärte Baudirektorin Barbara Schneider. Ausserdem gehörten zu grossen Projekten immer auch Massnahmen für Fussgängerinnen und -gänger. Deshalb sollten fünf Millionen auf zehn Jahre, also eine halbe Million pro Jahr genügen.

«Die Initiative ist unnötig, weil sie erfüllt wird, und sie ist unzweckmässig», betonte dagegen der Liberale Andreas Albrecht. Auch auf einen Gegenvorschlag sei zu verzichten, denn der Zeitpunkt sei nicht geeignet für neue finanzielle Zweckbindungen. Dem Antrag, die Initiative mit der Empfehlung auf Verwerfung dem Volk vorzulegen, folgten auch die SVP und die DSP. «Die Mittel stehen nicht zur Verfügung», stellte Peter Bochsler (DSP) fest.

Der Antrag der Uvek wurde unterstützt von SP, Bündnis und VEW, zudem im Grundsatz von der CVP. «Die Initiative ist nach wie vor nötig», betonte Lukas Stutz (CVP); eine knappe Mehrheit seiner Fraktion schlug den Kompromiss bei der Finanzierung vor. Gehen zu Fuss sei die elementarste Mobilitätsform, erklärte Christian Klemm (SP), überdies habe die Initiative intakte Chancen zur Annahme. «Die Verwaltung braucht einen Impuls», meinte Christine Kaufmann (VEW) und erinnerte an den Velokredit. Für Kathrin Giovannone (Bündnis) bedeutet der Antrag der Uvek das Minimum, während Fritz Weissenberger (FDP) für den CVP-Vorschlag eintrat.

Nach der Debatte zeigte sich der Verkehrs-Club (VCS) erfreut über den Kredit, aber das Initiativkomitee müsse noch prüfen, ob es die Initiative trotz geringerer Mittel zurückziehen könne.

Kommentar

Weder alles noch nichts

Immer müssen wir zuerst unsere Füsse bewegen, auch wenn wir ein privates oder öffentliches Fahrzeug erreichen wollen, wurde zu Recht festgestellt. Der städtische Raum muss auch für das Gehen zu Fuss gestaltet sein. Wenn die vorliegende Initiative ein Fusswegnetz fordert, so mag dies überholt tönen, da doch fast alle Strassen Trottoirs haben. Aber die Fusswege sind nicht überall miteinander verbunden. Immer wieder werden bei Grosseprojekten Fussgängerflächen vergrössert, der nun bewilligte Rahmenkredit ist nur für kleinere Massnahmen gedacht. Dies müssen auch die Initianten bedenken, wenn sie über den Rückzug ihres Begehrens beraten. Denn Geld kostet es auch, wenn das öffentliche Verkehrsmittel attraktiver gestaltet wird, wie dies etwa für die Regio-S-Bahn nötig ist. Die dynamische Fahrplananzeige gehört dazu, aber sie muss aus Kostengründen auf stark genutzte Orte beschränkt werden. Das Parlament versuchte, Lösungen zwischen allem und nichts zu finden. Urs Rist

Tête-à-tête

Kinder sollen früher zur Schule

Der gestrige BaZ-Artikel über einen früheren Schuleintritt gab auch im Vorzimmer des Grosse Ratssaals zu reden: «Die Forderungen nach einer früheren Einschulung kann ich nur unterstützen», sagt Irène Fischer-Burri (SP). Diese sollte jedoch flexibel erfolgen und auf die jeweilige Entwicklung des Kindes Rücksicht nehmen – besonders auch auf die soziale. Was einem Kind dann den Schulanfang erleichtere. Früheinschulung sei zudem ein Standortvorteil für Basel. Auch Zeynep Yerdelen Fanti (Bündnis) vertritt die Meinung, dass die Kinder früher eingeschult werden sollten. Ein freiwilliger Kindergarten ab 3 Jahren wäre ein weiteres Angebot, das eingeführt werden sollte, denn Kinder hätten «das Recht auf den Zugang zu Wissen». Nicht ausser Acht zu lassen sei dabei die Rolle der Integration eines solchen Frühkindergartens. Maria Iselin-Löffler (LDP) freut sich, dass «nun endlich das ganze Bildungssystem ins Auge gefasst wird», also auch das Tabu «Primarschule» gebrochen worden sei. Die Basisstufe sollte möglichst flexibel gestaltet werden, den unterschiedlichen Tempi der Kinder entsprechend. Für Roman Geeser (FDP) gehen die Ideen in die richtige Richtung. Doch sieht er die Umsetzung eher als ein mittel- und langfristiges Projekt. Da man im Schulwesen nicht alles aufs Mal ändern könne, weil sonst die Gefahr bestehe, dass sich nichts bewege.



«Zu wenig erforscht»

Einen aussergewöhnlichen Vorstoss zum Thema «Skavenhandel» hat Urs Müller (Bündnis) eingereicht. Auch die CMS ist für Transparenz.



Geschichte aufarbeiten. Bündnis-Grossrat Urs Müller fordert Licht in Skavenhandel. Foto Peter Armbruster

vks. Im Rahmen einer nationalen Kampagne werden dieser Tage im Nationalrat sowie in verschiedenen Kantons- und Stadtparlamenten Vorstösse zur Schweizer Beteiligung an der Sklaverei eingereicht. So auch in Basel, wo Urs Müller (Bündnis) gestern Mittwoch eine Interpellation mit dem Titel «Waren bekannte reiche Basler Familien in den Skavenhandel verwickelt?» deponierte. Darin stellt er fest, dass die Sklaverei auch direkte Auswirkungen nach Basel hatte – und will von der Regierung unter anderem wissen, ob sie auch der Meinung sei, dass dieser Teil der Basler Geschichte dringender zusätzlicher Aufklärung (und damit verbunden auch Geldmittel) bedürfe und dass die Christoph Merian Stiftung (CMS) abklären sollte, wie weit ihr Stiftungskapital durch Profite aus dem Skavenhandel entstanden sei.

Im Gespräch mit der BaZ begründet Müller sein Engagement damit, dass

er sich durch die Antirassismuskonferenz im südafrikanischen Durban 2001 der ganzen Problematik bewusst geworden sei. Und durch Kontakte zum Kabarettisten Hans Fässler sei er animiert worden, weiter zu recherchieren. Auf den Einwand, dass die Thematik nicht neu sei – mehrere Basler Historiker haben dazu bereits publiziert –, erwidert er, dass viele Quellen in die Schweiz und auch nach Basel führen würden, aber keine neuere Aufarbeitung dazu vorliege: «Es ist bis jetzt zu wenig erforscht worden.»

Auch bei der CMS wehrt man sich nicht grundsätzlich gegen eine solche historische Aufarbeitung: «Die Christoph Merian Stiftung ist bekannt dafür, dass sie sehr transparent ist und kein Interesse daran hat, etwas zu vertuschen», erklärt der Kommunikationsverantwortliche Toni Schürmann auf Anfrage der BaZ. Er macht gleichzeitig allerdings auch darauf aufmerksam, dass sich ein wissenschaftlicher Mitarbeiter im Schweizerischen Wirtschaftsarchiv in Basel offenbar bereits seit Mitte der neunziger Jahre eingehend damit befassen würde. Nach Ansicht der CMS, die über die Interpellation von Müller schon im Bild war, sollten dessen Forschungen, die weit gediehen seien, zuerst angeschaut werden. Und was die im Vorstoss ebenfalls angesprochene Frage der Wiedergutmachung anbelangt, gibt Schürmann zu bedenken, dass es vermutlich nicht einfach sein dürfte, zu eruieren, wer damals tatsächlich zu Schaden gekommen sei.

Auch im Bürgergemeinderat wird der Skavenhandel zum Thema, denn Heidi Mück (Grüne Liste) hat einen ähnlichen Vorstoss eingereicht.

Ja zu BVB-Information

Die Anschaffung von rund 150 dynamischen Informationstafeln für BVB-Haltestellen wurde mit 66 gegen 34 Stimmen gutgeheissen.



Wann kommt das nächste Tram? Minutengenaue Information für weitere wichtige Haltestellen. Foto Flierl

Fünf Millionen Franken für 140 bis 160 dynamische Fahrgastinformationstafeln an wichtigen BVB-Haltestellen beantragte der Regierungsrat, und die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (Uvek) unterstützte das Begehren, wobei die Anschaffung über vier Jahre verteilt werden soll. Mit 66 gegen 34 Stimmen wurde der Kredit zuletzt gutgeheissen. 40 Prozent der Haltestellen mit zwei bis 15 (Aeschenplatz) Haltestellen sollen mit solchen Tafeln ausgerüstet werden, nämlich solche mit grossem Fahrgastaufkommen, Umsteigefunktionen oder bedeutenden Objekten. Einige wenige Haltestellen wurden bereits probeweise oder im Rahmen von Umgestaltungsprojekten damit ausgestattet (Bahnhöfe, Messeplatz) und Regierungsrat Ralph Lewin betonte, es handle sich um «einen sichtbaren Nutzen, der sehr geschätzt wird».

Unterstützung fand er bei der SP, der CVP, der FDP, der DSP-Sprecherin,

dem Bündnis und den SD. Die bisherigen Anlagen hätten sich bewährt, meinte etwa Anita Lachenmeier (Bündnis), und sie seien «ein Stück Kultur für die Touristen», befand Martin Cron (CVP).

Aber «das Geschäft ist ein Luxus», entgegnete Alex Weil (LDP), da die Geräte keine zusätzlichen Trampassagiere bringen würden und angesichts der Lage der Staatsfinanzen nicht angeschafft werden dürften; deshalb beantragte Weil, auf die Vorlage nicht einzutreten. Auch die SVP schloss sich diesem Antrag an, aber er wurde mit 63 gegen 33 Stimmen abgelehnt.

Grundsätzlichere Voten kamen von den Einzelsprechern: Tobias Studer (DSP) wies darauf hin, dass für die Geräte die Schulden vermehrt werden müssten, die länger bestehen blieben als die Anzeigtafeln selbst. Von der Investition werde auch nichts zurückfließen, spätere Generationen hätten nichts mehr davon. Peter Zahn (LDP) meinte, ihm nütze es nichts, wenn er wisse, dass das Tram einige Minuten verspätet sei. Zu einem attraktiven öffentlichen Verkehrsmittel gehöre diese Anzeige, widersprach Christian Klemm (SP), es sei doch ein Mangel, dass etwa am Marktplatz noch keine solche Tafel stehe.

Kurt Bachmann (SVP) begriff nicht, dass die neuen, teils grösseren Geräte teurer seien (Mittel 33'000 Franken) als die bisher angeschafften, und forderte ein günstigeres Angebot der «Weltfirma» (Siemens). Er wollte den Kredit um eine Million kürzen, was mit 58 gegen 33 Stimmen abgelehnt wurde.

Bei den Sparmassnahmen würden die Investitionen bewusst ausgenommen, entgegnete Lewin «etwas erschlagen» auf die finanziellen Argumente.

In Kürze

Geld auch für Kinder und Zolli

Bei der seit 22 Jahren bestehenden Spielwerkstatt Kleinhüningen entschied sich der Grosse Rat für den vom Regierungsrat beantragten Mittelweg, nämlich einen um 28'000 Franken erhöhten Jahresbeitrag von 168'000 Franken mit grossem Mehr. Diese Summe wurde einer weiteren Erhöhung um 46'000 Franken, wie sie SP und Bündnis in Übereinstimmung mit dem Trägerverein vorgeschlagen hatten, 64 gegen 37 Stimmen vorgezogen. Die Kürzung auf die bisherige Höhe, von SD und SVP verlangt, geriet in die Minderheit.

Keine Differenzen gab es dagegen beim Zoologischen Garten: Für die effektiven Kosten von Heizöl, Gas, Strom, Wasser und Entsorgung sowie als Abgeltung pädagogischer Leistungen erhält er auch 2003 bis 2007 Beiträge von rund 1,3 Millionen Franken.

Zwischenfragen will der Grosse Rat nicht einführen: Er ist auf ein von Christine Wirz (LDP) mit dem Ziel einer lebhafteren Debatte beantragte Änderung der Geschäftsordnung mit 47 gegen 40 Stimmen nicht eingetreten. Für das Büro hatte Präsident Leonhard Burckhardt die Neuerung abgelehnt.

Die Einführung des Bologna-Modells an der Universität sei von den Instanzen gutgeheissen worden, erklärte Regierungsrat Christoph Eymann auf eine Interpellation von Margrith von Felten (Bündnis). Der Regierungsrat unterstütze die Einführung der abgestuften Abschlüsse in europäischer Absprache. Anschuldigungen gegen das Rektorat (vgl. BaZ vom 5./13.2.) stünden nicht in direktem Zusammenhang mit «Bologna», sondern mit den knappen Finanzen. Die Interpellantin kritisierte die «Machtfälle» der Uni-Leitung.